



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Nordschleswiger : 2. Ihre politische Gesinnung.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

v. Bismarck und v. Meckberg richtiger als der mecklenburgische Minister, wenn wir sie nicht für fähig halten, mit dieser Sache irgendeine Solidarität einzugehen. Wir gehen aber noch weiter und glauben kaum, daß sie dem Schritte der mecklenburgischen Regierung gegenüber sich an einem schweigenden und unthätigen Verhalten genügen lassen werden. Sie werden dem Vorwurf keinen Raum geben wollen, daß sie das neue mecklenburgische Strafgesetz billigen, sie werden nicht durch neutrales Schweigen die mecklenburgische Regierung zum Beharren auf der von ihr betretenen unglücklichen Bahn ermuthigen wollen. Ihnen wird es vielmehr geboten erscheinen, sich ausdrücklich von jeder Gemeinschaft mit den Tendenzen loszusagen, zu deren Sicherstellung ihre Hilfe angerufen wird, und ihren Schutz nicht der Regierung angedeihen zu lassen, die ohne ihn in äußerster Gefahr zu sein erklärt, sondern der Bevölkerung, die solchen Schutzes bedarf. Ist die Regierung in Gefahr mit ihrem System Schiffbruch zu erleiden, erklärt sie sich selbst für schutzlos und schutzbedürftig, so giebt sie damit zugleich den übrigen deutschen Regierungen ein volles Recht in die Hand, die innern Zustände Mecklenburgs zu prüfen und über das richtige Heilmittel Entscheidung zu treffen. Die angerufenen deutschen Regierungen werden die ihnen damit angewiesene günstige Position gewiß zu würdigen und zum Heile des mecklenburgischen Landes und Volkes zu benutzen wissen.

## Die Nordschleswiger.

### 2. Ihre politische Gefinnung.

Im vorigen Abschnitt zeigten wir, daß die weit überwiegende Masse der Nordschleswiger, d. h. der Bewohner Schleswigs nördlich von einer Linie, die auf dem Festland etwa der tondern-slensburger Chaussee folgt und die friesischen Inseln dem Süden des Herzogthums zutheilt, gegenwärtig nach Sprache, Sitte und Bildung als ein Seitenzweig der dänischen Nation anzusehen ist. Eine andere Frage ist, ob die Nordschleswiger Dänen sein wollen, und dies führt uns auf das politische Denken und Verhalten derselben.

Das Volk von Südcarolina spricht englisch wie das von Massachusetts und hat ähnliche Sitten wie dieses, will aber staatlich nicht mehr Eins mit demselben sein. Die Provençalen und die Bretagner reden nicht französisch,

sind aber politisch ebenso gute Franzosen wie die Pariser. „Jeg er tydskt,“ behauptete bei der großen Schleswiger-Deputation in Kiel ein Bäuerlein aus dem Sundewitt, obwohl es des Deutschen so wenig mächtig war wie mancher gut preußisch Gesinnte des Berlinerischen, welches nachgerade zur Sprache aller gebildeten Preußen werden zu wollen scheint.

Sprache und Sitte thun's also nicht allein; auch der Wille verlangt eine gewisse Berücksichtigung. Wenn solche Rücksichtnahme früher nicht geboten war und zwar deshalb nicht, weil in diesen urparadiesischen Zeiten eben noch kein Wille vorhanden war und die Völker sich in der Regel als bloßes Zubehör zu den großen Rittergütern, als welche man zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts die Staaten zu betrachten gelernt hatte, und deshalb als ohne Einspruchsrecht auf den Congressen der Besitzer dieser Güter theilbar, abtretbar und verkäuflich anzusehen gewohnt waren, so ist dies heutzutage anders, wenigstens im Begriff, anders zu werden.

In jener guten alten naiven Zeit nun wußte man weder in Dänemark von einem Gegensatz gegen die Herzogthümer, noch in den letzteren von einem solchen gegen ersteres. Gelegentlich tauchte wohl einmal etwas der Art auf, aber nur, um bald wieder zu verschwinden. Beide Herzogthümer hießen im Volksmunde des Königreichs „Holsteen“, ihre Bewohner, auch die plattdänisch redenden, „Holsteener“. Wie die meisten Holsteiner nichts dawider hatten, wenn sie im Auslande für Dänen, ihre Schiffe für „Danske Giendom“ galten, so ließen sich die nordschleswigschen Südjüten von den Kopenhagenern ohne Widerspruch „Tydsker“ nennen. Es waren Zustände wie etwa in Deutsch-Oestreich, bevor das Gezeenthum vom Baum der Erkenntniß gegessen hatte. Die Verdeutschung des mittlern Stückes von Schleswig ging ruhig ihren Gang. Das niedere Volk sah sie gleichgiltig wie ein Naturereigniß, wie Sommerwerden an. Der bessern Classe dagegen erschien die Sprache des Südens als vornehm und zugleich als nützlich, und wie selbst auf den dänischen Inseln bemühte sich auch hier alles, was auf Bildung Anspruch erhob, desgleichen alles, was etwas vom Süden zu kaufen, etwas dahin zu verkaufen hatte, deutsch zu lernen. Am 6. Mai 1836 beantragte in der schleswigschen Ständeversammlung ein bäuerlicher Abgeordneter aus Nordschleswig, Petersen von Dalby (nahe bei Kolding), jeder Schullehrer, der dort Anstellung wünsche, müsse auch in der deutschen Sprache eine Prüfung bestehen, in jeder Schule müsse auch deutscher Unterricht erteilt werden.

Es ist wahr, die deutsche Gerichtssprache möchte manchem kleinen Mann nicht bequem vorkommen, die deutsche Kirchensprache nicht überall die Erbauung befördern, und es begab sich ein- oder zweimal, daß die Empfindung davon laut wurde. Eine nationale Verschiedenheit aber fühlte man darum nicht, die „Danske Holsteener“ waren eben auch Holsteiner.



als Neuerung, sie waren conservativ aus Phlegma. Noch andere waren Anhänger der deutschen Partei aus Nützlichkeitsgründen. In ziemlicher Anzahl kamen Petitionen um Vereinigung der schleswigschen und holsteinischen Stände auch aus dem Norden, namentlich aus dem Sundewitt und selbst aus Alsen bei derselben ein, und in Flensburg wurde eine derartige Petition in einer Bürgerversammlung fast einstimmig beschlossen und später von mehr als achthundert Bürgern unterschrieben. Indes, die dänische Propaganda war gut organisiert, unermüdlich und rücksichtslos, die deutsche Gegenbewegung ohne rechten Zusammenhang, wenig geschickt, vom holsteinischen Phlegma gehemmt und ziemlich gutmüthig. Auch schadete ihr, daß der Herzog von Augustenburg, damals wohl der unpopulärste Gutsherr in Nordschleswig, als ihre Seele erschien. Die Stände nahmen den von Neuem eingebrachten Antrag Lorenzens von Vilholt aus Billigkeitsrücksichten und weil sie das letzte Ziel desselben nicht durchschauten, an, wenn auch mit geringer Majorität, und die dänische Propaganda feierte ihren ersten Triumph. Ermuntert dadurch schritt sie, während die deutsche Agitation bei ihrem bisherigen langsamen Gange blieb und in wenig sachgemäßem Tone, vor allem aber meist in deutsch, statt in dänisch geschriebenen Zeitungen und Flugblättern ihre Sache verfocht, rüstig und consequent auf dem betretenen Wege weiter. Doch waren ihre Erfolge auch jetzt auf dem platten Lande noch nicht sehr sichtbar, ja es konnte noch vorkommen, daß die Bauernschaften von zwölf nordschleswigschen Kirchspielen (bei Apenrade und Lygumkloster) sich mit der Bitte an ihren Propst wandten, Sorge zu tragen, daß ihren Schulen der deutsche Unterricht nicht verloren gehe. Dagegen brachten die folgenden Jahre hier schon bessere Früchte.

Im Mai 1839 wurde in Kopenhagen eine „Schleswigsche Gesellschaft“ gegründet, welche die Danisirung Nordschleswigs ernstlicher als die Pressfreiheitsgesellschaft in Angriff nahm, obwohl nach ihren Statuten politische Tendenzen eigentlich ausgeschlossen sein sollten. Unter den Mitgliedern derselben waren selbstverständlich Paulsen und Flor, Zweck sollte sein, für Schleswig circulirende Leihbibliotheken einzurichten, gute Bücher gratis zu vertheilen, den Schleswigern den nächsten Weg zu eröffnen zur Beschaffung dänischer Lectüre. Dieses Institut, für welches in Nordschleswig mehre Landpfarrer und Dorfschullehrer und der Student Niß Hansen besonders eifrig wirkten, brach den Plänen der kopenhagner Patrioten breitere Bahn. Bald erhielt man Berichte, welche meldeten, wie die Liebe zur dänischen Sprache in Schleswig immer mehr zunahm, und zu Ende des Jahres hatte man einen dänischen Lesesaal in Sonderburg und dreißig Volksbibliotheken, in denen natürlich Zeitungen wie Fädrelandet, Folkebladet, Flyvende Blade u. d. nicht fehlten, gegründet und an diese über zweitausend Bände dänischer Schriften übersandt; auch rühmten die Agenten, daß Nordschleswig bereits in zwei „Provinzen“ eingetheilt sei, deren eine unter

dem Oberkriegscommissär Riegels, die andere unter dem Artillerielieutenant Dwesen stehe.

So war es dahin gekommen, daß Orla Lehmann auf dem Maifeste 1842 in Bezug auf die Verbindung der beiden Herzogthümer, die jetzt von der deutschen Partei lebhaft betrieben wurde, nicht ohne starke Uebertreibung, aber auch nicht ohne allen Grund sagen konnte: „Wider sie spricht der demokratische Geist Schleswigs und seine materiellen Interessen, welche es nach Dänemark und seinen Colonien ziehen. Aber worauf ich am meisten baue, ist, daß sich in Schleswig unter der Aegide des erwachten Volksbewußtseins die skandinavische Nationalität und die dänische Zunge von langer Erniedrigung erhoben hat und kräftig ihr heiliges Recht fordert.“ Und sehr charakteristisch ist, daß Beseler im November dieses Jahres in der schleswigschen Ständeversammlung den Antrag zu stellen vermochte, das Amt Hadersleben von Schleswig abzufondern und in Jütland zu incorporiren.

Und immer kräftiger arbeiteten die Emiffäre der Propaganda. Neue Bücherfendungen kamen an, neue Mittel der Täuschung über die Zwecke der Gegner wurden in Anwendung gebracht. Man stellte den Bauern die deutsche oder schleswig-holsteinische Partei als eine solche dar, deren Ziele ihre Abgabenlast erschweren würden. Man belehrte sie, daß es auf den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund abgesehen sei, und daß dieser sie unfehlbar nöthigen werde, ihre Söhne zu fernem Kriegen, z. B. mit den Türken, herzugeben. Man bildete ihnen ein, daß man ihnen ihre Sprache nehmen wolle. Und die guten Einfältigen glaubten dergleichen Vorpiegelungen vielfach. Sie glaubten um so mehr wenigstens das Letztere, als ein Vorfall in der schleswigschen Ständeversammlung, der von den kopenhagner Patrioten veranlaßt worden, sich dahin interpretiren ließ.

Es war gelungen, den frühern Abgeordneten für Hadersleben Peter Hjort Lorenzen, der in den beiden ersten Sesslonen der Ständeversammlung ebenso energisch für die Freiheit wie für die Rechte Schleswig-Holsteins gesprochen, der namentlich 1838 auf Trennung des Finanzwesens der Herzogthümer von dem des Königreichs angetragen hatte, eines Bessern zu überzeugen — ein Gewinn, der sich zum Theil daraus erklärte, daß dieser liberale Abgeordnete den Herzog von Augustenburg, den als verkörpertes Junkerthum allgemein Gehäßten, bei der schleswig-holsteinischen Partei die Rolle des Führers spielen sah. Vollständig für die Bestrebungen des dänischen Liberalismus gewonnen, was wir ihm nicht verdenken, leider aber auch für die mit demselben verbundenen Tendenzen in nationaler Hinsicht eingenommen, was wir ihm sehr verdenken, begann der begabte und in Nordschleswig außerordentlich beliebte Mann, nachdem er in Sonderburg zum Abgeordneten gewählt worden, eines schönen Morgens, am 11. November 1842, plötzlich und zu Aller Ueberraschung der Ständeversammlung einen Vortrag in dänischer Sprache zu halten. Bewundert hörte

man zu; denn Peter Hjort Lorenzen sprach ein nur mittelmäßiges Dänisch, dagegen sehr gut deutsch, und er hatte sich bisher ohne Ausnahme im Ständesaale des letzteren bedient.

Vergebens machte der Präsident geltend, daß die Versammlung Abgeordneten, die des Deutschen nicht mächtig, gern gestatten werde, sich ihrer Muttersprache zu bedienen, daß dieser Fall aber hier nicht vorhanden. Er blieb bei seinem Dänisch, und darauf wurde ihm zwar nicht das Wort entzogen, aber die Protokollirung dessen, was er gesagt, unterblieb. Als indeß Lorenzen in der nächsten Sitzung sein Manöver, zu dem ihn beiläufig jener Rector Flor beredet hatte, zu wiederholen begann, trotz der Vorstellungen des Präsidenten damit fortfuhr und ausdrücklich erklärte, sich nicht fügen zu wollen, glaubte jener sich genöthigt, ihn von der Sitzung auszuschließen.

In Dänemark erblickte man hierin eine Nationalbeleidigung, auch unter den plattdänisch redenden Nordschleswigern grollten Viele darüber. In Kopenhagen wurde der „unerschrockne Vorkämpfer für dänische Sprache“ mit Festessen gefeiert, in Schleswig überreichte man ihm im Mai 1843 bei dem Fest auf der Skamlingsbank, wo unter Andern der Bauer Laurids Skau die erste jener vielen „wackern“ Reden hielt, mit denen er die Danisirung Schleswigs zu fördern bestrebt war, ein prächtiges silbernes Trinkhorn. Bei dieser Demonstration hatten sich ziemlich viele Nordschleswiger betheiligt, aber noch immer blieb die große Mehrzahl zu befehren, und als nach Stiftung der „Skandinavischen Gesellschaft“ die Rührigkeit der Agitatoren noch größer wurde, überall Petitionen im dänischen Sinne, z. B. für Verlegung der Ständeversammlung nach Flensburg, angeregt wurden, als man auf Errichtung neuer Danisirungsanstalten, z. B. einer dänischen Gelehrtenschule, eines dänischen Seminars, hinarbeitete, als überall aus der angeblichen Fürsorge für die Volksbildung, aus den Hurrah's, den Ständchen, den Festmahlen der eigentliche Zweck hervorsah, kam es zum Bruch im schleswigschen Verein selbst. Mehre Mitglieder desselben traten im December 1843 aus, weil sie die politischen Hintergedanken der Leiter erkannt hatten und davon nichts wissen wollten. Im nächsten Frühjahr erklärten 55 Grundbesitzer in Hopttrup: „Der nordschleswigsche Verein hat seinen Ursprung jenseits der Königsau und der Belte und geht leider darauf aus, Schleswigs Verbindung mit Holstein zu lösen und es darauf in Dänemark zu incorporiren. Daß unsre Muttersprache von unsern Beamten unterdrückt und verhöhnt werde, ist eine zu verachtende Unwahrheit.“ Und noch kräftiger protestirten 126 Bauern aus dem Kirchspiel Voit bei Apenrade um dieselbe Zeit gegen die Propaganda, wenn sie sagten: „Die lästernde Beschuldigung, als werde unsre Muttersprache unterdrückt, rührt von einer demagogisch-ultradänischen Clique her; wir erklären dies, damit der Landesvater nicht durch einseitige lügenhafte Insinuationen getäuscht werde“.

Indeß blieben in dem Verein, dessen Führer damals der Pastor Hertel war, immer noch ziemlich viele zurück und andere füllten die Lücken aus, und wenn die nordschleswigschen Mitglieder der Gesellschaft zur größern Hälfte aus Tagelöhnern, kleinen Handwerkern und andern Besitzlosen bestanden (1846 besaßen dieselben nach Skaus Angabe 27,000 Tonnen Land, während das einzige Amt Hadersleben 227,000 Tonnen Ackerland hat), so glich sich dieser Mangel durch ihren Eifer, durch die Intelligenz, die ihnen von Kopenhagen her zu Hilfe kam, und durch den Umstand aus, daß der König der Sache nicht abgeneigt und daß der Kronprinz der stille Gesellschafter und Protector der eiderdänischen Partei war.

Wir können die Arbeit der Agitatoren in der bisherigen Ausführlichkeit nicht weiter verfolgen. Genug, daß sie einen neuen dänisch-schleswigschen „Hilfsverein“ gründeten, daß Skau, Flor und Peter Hjort Lorenzen bei jeder Gelegenheit von der Unterdrückung der dänischen Sprache in Schleswig perorirten, daß die Verbrüderungsfeste auf der Skamlingsbank sich wiederholten, und daß man fleißig bei dem König petitionirte, der sich als Gesamtstaatsmann nicht recht entschließen konnte, dem Geschrei nach Schutz der dänischen Nationalität in Schleswig in dem Maß, welches die Patrioten wünschten, Folge zu geben. Dabei setzte der nordschleswigsche Verein seine Werbungen unter der intelligenteren Classe eifrig fort und nicht ohne Erfolg. Im Juni 1844 erklärten vier nordschleswigsche Abgeordnete, nicht zur Ständerversammlung gehen zu wollen, da dort das „natürliche Recht“ (sich bei den Debatten des Dänischen zu bedienen) nicht geachtet werde. Und als der König sich später mehr der von den „Nationalen“ vorgeschlagenen Politik näherte, diese sich also dem stark royalistischen Volke als der Wille seines Souveräns darstellen ließ, als ferner der Antrag der Stände auf Eintritt Schlesiens in den deutschen Bund unter dem Landvolk im Norden üble Vorstellungen erweckt und böses Blut gemacht hatte, kam es im Frühjahr 1847 dahin, daß die eiderdänische Partei bei den ständischen Wahlen in fünf von den siebzehn ländlichen Wahlbezirken, nämlich auf Alsen, im Sundewitt und den drei der jütischen Grenze nächstgelegenen, mit ihren Candidaten durchdrang. Der Bund, der die Nordschleswiger in den Türkenkrieg schicken konnte, war der Hauptpöpanz, mit dessen gewaltthätigem Wesen man die Leute in diese Wahlen geschreckt hatte, die somit eine Verwahrung gegen die Einverleibung in Deutschland bedeuteten.

Freilich verwahrten sich an mehreren Orten die Wähler ebenso energisch dagegen, in Dänemark incorporirt werden zu wollen. „Wi wil bli wa wi er“ — wir wollen bleiben was wir sind, Schleswiger nämlich — war der Ausdruck der Stimmung der Meisten. Einige nennen dies conservative Gesinnung, wir ziehen vor, es als Phlegma aufzufassen und diese zwischen zwei Stühlen

figenden „spezifischen Schleswiger“ vom Dorfe sammt denen, die in der Stadt ähnliche Positionen einnahmen, zu bemitleiden.

Als es dann 1848 zum Bruche kam, die dänische Revolution das Land mit Krieg überzog, die Schleswig-Holsteiner sich dagegen erhoben, blieben die Nordschleswiger auf dem platten Lande größtentheils gleichgiltig, und wer sich von ihnen nicht indifferent verhielt, war in der Regel gleich verdrießlich über die eine wie über die andere Partei, da beide das Volk in seinem ruhigen Vergnügen störten und beide durch außerordentliche Steuern seinem Säckel ärgerliche Opfer zumutheten. Doch muß bemerkt werden, daß die, welche ein lebhafteres politisches Interesse hatten, meist den Deutschen feind waren, und zwar, theils weil sie von der Propaganda gewonnen waren, theils weil der König auf Seiten der Dänen stand, und die royalistische Gesinnung der Bauern so den Aufstand als gegen diesen gerichtet ansah, ihr wenig geübter Verstand nicht zu begreifen vermochte, daß Friedrich der Siebente bei diesen Vorgängen nicht viel mehr als eine Puppe an den Drähten von Orla Lehmann und Genossen war. Sehr charakteristisch für die damalige Stimmung des nordschleswigschen Landvolks ist die Thatfache, daß, als 1848 die provisorische Regierung sich anschickte, unter demselben für ihre Armee Rekruten auszuheben, die junge Mannschaft im Sundewitt und in den Aemtern Hadersleben und Apenrade sofort das Weite suchte und entweder nach Jütland oder nach Fühnen und Alsen flüchtete, und daß dies keineswegs geschah, weil die Ausreißer dem „Tapperen Landsoldat“ und dem Danebrog zu folgen sich verpflichtet fühlten, sondern weil sie meinten, sich auf diesem Wege dem Militärdienst überhaupt entziehen zu können. Nur wenige dieser Kriegsscheuen kämpften später in den schleswig-holsteinischen Bataillonen mit, und auch die Dänen scheinen sie als schlechtes Material größtentheils verschmäht zu haben. Die Alten daheim aber hatten auf die Frage, was sie denn eigentlich wollten, gewöhnlich nur das frühere schwerfällige und hartnäckige Verlangen vorzubringen: „Wi will blu wa wi er. Det skal blu wed ä Gammel. Wi will blu Sleswiger o will it i ä Forbund“ — wir wollen bleiben was wir sind. Es soll beim Alten bleiben. Wir wollen Schleswiger bleiben und nicht in den Bund.“

Der traurige Ausgang der Erhebung konnte natürlich die Nordschleswiger nicht für die deutsche Sache gewinnen. Die wenigen, welche derselben im Grunde des Herzens zugethan gewesen waren, hatten mit der ihrem Stamme eigenen Vorsicht und behutsamen Aengstlichkeit erwogen, ob nicht am Ende doch der Däne die Oberhand behalten könnte, und so sich vorläufig und bis die Ereignisse diese Möglichkeit ausschloffen, von der Betheiligung thunlichst fern gehalten. Jetzt sahen sie, daß ihr Mißtrauen in den Erfolg der Landsleute im Süden sich rechtfertigte. Die dänische Propaganda dagegen mit ihren Anhängern in Nordschleswig hatte jetzt Oberwasser. Sie saß, während sie bis

dahin nur eins der Räder im Getriebe des Staats gewesen, als Müller in der Mühle. Früher eine Partei, war sie jetzt die Regierung. Früher genöthigt im Stillen zu wühlen und zu werben, befahl und untersagte sie jetzt mit dem Bewußtsein, ihren Befehlen den nöthigen Nachdruck geben zu können.

Die Thätigkeit der Eiderdänen, die nunmehr herrschten, war zunächst eine negative. Sie vertrieben, so viel es anging, die deutschen Elemente aus Nordschleswig, und wo sich dies nicht thun ließ, schüchtern sie dieselben mit allen Mitteln ein. Zuvörderst schritt man zu einer Purification des Beamtenstandes und der Geistlichkeit. Wem irgend nachzusagen war, daß er die Sache der „tydske Oprørers“ gefördert — und wer von den deutsch gebildeten Nordschleswigern hätte dies nicht gethan — der verlor entweder sein Amt und wanderte ins Exil oder wurde mindestens seiner politischen Rechte beraubt und polizeilich überwacht, wo möglich auch um sein Vermögen gebracht, wie Apotheker Karberg in Apenrade und andere auf Betrieb des berüchtigten Medicinalinspectors Schleisner Gemahregelte. Die durch Entlassung der Beamten leer gewordenen Posten besetzte man mit Inseldänen oder dänisch gesinnten Nordschleswigern, meist Affiliirten der Propaganda. Schon der Umstand, daß jemand ein Deutscher von Geburt war, machte ihn ungeeignet zur Anstellung, wenigstens verdächtig. Ueberall beförderte man die Zuwanderung aus dem Norden und von den Inseln her, allenthalben suchte man außer den Beamten auch Kaufleute und Handwerker von dort nach den plattdänisch redenden Gegenden Schlesiens zu ziehen und den größeren Grundbesitz in dänische Hände zu spielen.

Dabei wurde ein förmliches System von Spionage und Denunciantenthum eingerichtet, gegen welches bei den mit eifrigen Eiderdänen oder Gesamtsstaatsmännern besetzten Gerichten keine Hilfe zu finden war. Man suchte die deutsch gesinnten Gastwirthe mit allerlei Hudeleien und Plackereien heim, zwang Tanzgesellschaften und Concertgebern den „tapperen Landsoldaten“ auf, danisirte die Ortsnamen, die Straßenbezeichnungen, sogar die Wirthshaus-schilde. Auch wer von den Deutschen in Nordschleswig nicht geradezu vertrieben wurde, suchte sich bei dieser Tyrannei, wenn es irgend möglich war, ein Asyl im Süden, und wo ein gut schleswig-holsteinisch Gesinnter blieb, war an eine Mittheilung seiner Meinung an andere als erprobte Freunde nicht zu denken. Auf Verbreitung richtiger Ansichten in Betreff der Landesrechte unter dem Landvolk hinzuwirken, konnte nur auf die Gefahr hin unternommen werden, am nächsten Tage vor den Hadesvogt oder den Polizeimeister citirt zu werden und mit einer schweren Brüche belastet oder gar in einen Hochverrathesproceß verwickelt heimzukehren. Durch Flugschriften oder Zeitungen ferner für die Aufhellung des über das Land gekommenen Dunkels zu arbeiten, war gleichfalls so gut wie unmöglich. Deutsches las der Bauer nicht, Aufklärung

über seinen Zustand in dänischer Sprache versuchte man nicht, und wäre es versucht worden, so würde es die danisirte Post und die Polizei aufgefangen haben. Dagegen waren eine Menge wohlfeiler Provinzialblätter, in Sonderburg „Den danske Slesviger“, in Rögeltondern die „Vestslævisk Tidende“, in Hadersleben die „Danevirke“ u. a. eifrig bemüht, den Umschwung der Verhältnisse zu preisen, der Incorporation Schleswigs in Dänemark das Wort zu reden, die dänische Freiheit zu verherrlichen und ins Land zu wünschen, auf die Ständewahlen zu wirken und alles was deutsch in der niedrigsten Sprache zu verunglimpfen. Volksversammlungen Deutschendender wären nur Gelegenheiten gewesen, ihre Teilnehmer ins Gefängniß zu bringen. Dagegen gingen die Zusammenkünfte auf der Skamlingsbank fort und gewannen noch manchen, dem es gefiel bei Bier und Brantwein Politik zu machen und auf ein paar Stunden sein Licht leuchten zu lassen.

Dennoch hatten die Kopenhagner, von denen dies alles angeregt und dirigirt wurde, die Rechnung nicht ganz richtig gemacht. Allerdings wäre es ein Wunder gewesen, wenn der Germanisirungsproceß, der auch in Nordschleswig begonnen hatte, unter den bisher geschilderten Umständen nicht zum völligen Stillstand gekommen, ja einem Danisirungsproceß gewichen wäre, der allmählig diese Halbdänen in volle und ganze Dänen verwandelt hätte, und bei dem auch das Verlangen, in Dänemark aufzugehen, in den Massen laut geworden wäre. Indessen hatten die nach letzterem Ziele Hinarbeitenden mehre Hindernisse zu überwinden, die sich zuletzt stärker erwiesen, als ihr Vermögen. Zunächst das oft schon erwähnte Phlegma der nordschleswigschen Landbevölkerung, welches im Großen und Ganzen trotz aller Aufstachelung nicht recht weichen wollte. Dann die Gesamtstaatspolitiker, denen an einer starken Betonung des Unterschieds zwischen Deutsch und Dänisch nichts gelegen sein konnte. Vor allem aber den Umstand, daß geschickte, unterrichtete und gewissenhafte Beamte dänischer Nationalität nicht gern nach Schleswig gingen, und daß man überdies die dortigen Stellen am liebsten mit solchen besetzte, die fanatische Feinde deutschen Wesens und deutscher Ansprüche waren, gleichviel ob sie sich durch Besitz der für die betreffenden Posten erforderlichen Eigenschaften empfahlen.

Der nordschleswigsche Bauer war kein großer Politiker, aber er war deshalb hinsichtlich der Dinge, die innerhalb seines engbegrenzten Gesichtskreises lagen, keineswegs auf den Kopf gefallen. Er kannte sein Recht ziemlich gut, wenn sich um das Nächstliegende handelte, und er kannte es in manchen Fällen besser als der ihm gesandte Hardsesvogt aus dem Königreich. Er verstand sich vortrefflich auf seinen Vorthel, und die neuen Beamten kamen ihm bald vor, als ob sie sich zwar auch auf den ihrigen verstünden, aber nicht so, daß der seine dabei unbeschädigt blieb. Der Bauer griff nicht gern tief in seinen Beutel, und die Herren vom Gericht, das merkte er rasch, ließen ihn das häufiger thun,

als sie berechtigt waren, und so wurde er kopfscheu, mißtrauisch in Betreff des Glücks, sie erhalten zu haben, zweifelhaft, ob die deutschen Beamten es nicht eigentlich doch besser mit ihm gemeint und gründlichere Kenner von Gesetz und Landesart gewesen, und zuletzt entwickelte sich aus solchen Bedenken, bei nicht Allen zwar, aber erweislich bei Manchen, eine unbehagliche, fast auffässige Stimmung, in welcher die Gegenwart mit der Vergangenheit verglichen nicht als ein Fortschritt, die heiße Liebe des alten dänischen Volks zu den nordschleswigschen Brüdern, von welcher auf der Skamlingsbank so prächtige Schilderungen vorgetragen worden waren, nicht als die rechte erschien.

Nicht bloß die deutschen Schleswiger im Süden, auch einige von den dänischen in den nördlichen Aemtern empfanden die Willkür der neuen Beamten, deren Geringschätzung von Recht und Herkommen, deren geringes Verständniß für das eigentliche Bedürfnis des Landes. Auch die letzteren lernten theilweise jetzt durch Erfahrung am eigenen Interesse, soweit sie etwas zu verlieren hatten, daß Dänemark und daß jeder einzelne Däne Schleswig als seine Domäne betrachtete. Auch hier klagte man sich gegenseitig, daß die Herren Amtmänner, Hardsesvögte und Actuare, Bürgermeister und Stadtschreiber ihren Posten nur vom Standpunkte des Eigennuzes aus ansahen und möglichst viel, ein möglichst stattliches „Revebröd“ dabei herauszuschlagen trachteten. Auch hier wollte man eine mehr und mehr überhandnehmende Rechtsunsicherheit und ein schamloses Sportuliren der Herren von der Obrigkeit bemerken. Wer in den letzten zehn Jahren in Nordschleswig reiste, konnte den Spuren hiervon begegnen, ohne daß er in die Schlüßellocher zu blicken nöthig hatte. Was auch die von der fortarbeitenden Propaganda durch allerlei Manöver und hauptsächlich durch den „kleinen Mann“ in die Ständerversammlung gebrachten Abgeordneten dieser Striche sagen mochten, im Stillen verdroß den Bauer die neue Wirthschaft vielfach, und nur sein ängstliches verschüchtertes Wesen, seine Bequemheit und seine Scheu vor der Gewalt der Beamten hielt ihn ab, seinen Groll offen kund werden zu lassen. Höchstens die Besitzlosen und ein paar Hundert Fanatisirte unter den Wohlhabendern, die freilich sehr laut und rüdrig waren, wünschten mehr von dieser dänischen Freiheit.

Und dazu trat endlich noch für Manche ein sehr starker Beweggrund, mißvergnügt zu sein. Die Nordschleswiger hängen in Handel und Wandel nicht viel weniger als die Südschleswiger und Holsteiner vom Süden ab. Hamburg, nicht Kopenhagen ist ihr Hauptmarkt, Kiel mit seinem Umschlag ihre nächste Börse. Wer außergewöhnliche Erwerbsquellen sucht, geht auch von hier, wenn er nicht die Gelehrtenlaufbahn beschreitet, in der Regel lieber nach den deutschen Strichen als nach Jütland oder nach den Inselküstern. Dazu aber bedarf man der deutschen Sprache, und wenn diese von dem neuen System aus Nord-

schleswig verbannt, wenn keine Gelegenheit mehr sein sollte, sie zu lernen, so hieß das vor dem Fortkommen der Strebsamen einen Schlagbaum aufrichten, der ebenso sehr als unbequeme Beeinträchtigung empfunden wurde, wie die sonstigen Absperrungen von dem Verkehr mit dem Süden, die Verbote, mit Holsteinern landwirthschaftlichen Vereinen anzugehören, die Querbahnen statt der Längsbahnen, die Zollgrenze bei Altona u. d. m. Das Sprichwort, nach welchem Dänemark den Herzogthümern nichts zu schicken haben soll als „sorte Bötte, magre Heste, danske Praeste“ ist eine Uebertreibung, der aber insofern eine Wahrheit zu Grunde liegt, als Dänemark, von wesentlich gleicher Lage und Natur wie Schleswig-Holstein und wie dieses vorzüglich auf Landwirthschaft und Viehzucht, Schifffahrt und Fischerei angewiesen, den Herzogthümern wenig zu verkaufen und ebenso wenig abzukaufen hat, während der tiefere Süden, zunächst Hamburg als Welthandelsplatz, zu letzteren wie zu einem großen Theil Dänemarks und des ganzen skandinavischen Nordens die Stellung des mercantilen Centrums einnimmt. „Mit Dänisch“, so hörte man die Nordschleswiger in den letzten Jahren mitunter sagen, „kommen wir nur bis Kopenhagen, wo wir nichts zu suchen haben, mit Deutsch dagegen durch die ganze Welt.“

Die deutsche Sprache galt, seit sie am dänischen Hofe nicht mehr die herrschende war, und seit die bessere Gesellschaft in Nordschleswig sich ihrer nicht mehr bediente, allerdings nicht mehr für so vornehm als früher; von ihrer Nützlichkeit aber hatte sie durch den Umschwung des Jahres 1850 nichts eingebüßt, und die Südjüten von Hoyer und Tondern, von Apenrade und Hadersleben waren sich dessen auch theilweise bewußt; zu energischen Forderungen in dieser Beziehung zusammenzutreten, waren sie jedoch nicht fähig, die moralische Wirkung der dänischen Schreckensherrschaft schien, obwohl sie nicht am schwersten davon betroffen worden waren, ihr natürliches Phlegma in völlige Lethargie verwandelt zu haben.

Am meisten dänische Gesinnung entwickelte bis auf die neueste Zeit die Insel Als, wo die Propaganda in der Unbeliebtheit des Herzogs von Augustenburg einen guten Boden gefunden hatte, um ihre Saaten zu säen. Aehnlich stand es in dem benachbarten Sundewitt, wo der Pastor Mörk Hansen, von seinem Amtsbruder in Brocker, Schleppegrell, unterstützt, fleißig agitirte, und im Westen Nordschleswigs, zwischen Hoyer und Ripen, wo die jütischen Enclaven liegen.

Von den Städten war Tondern selbst in der schlimmsten Zeit immer gut schleswig-holsteinisch gesinnt, und die dortigen Dänen erzielten mit allen ihren Gewaltmaßregeln darin keine Aenderung. Auch in Hadersleben und in Apenrade hielten sich kleine stille Gemeinden deutscher Patrioten, die gelegentlich von sich hören ließen. Sonderburg dagegen, welches schon vor der Er-

hebung starke dänische Sympathien kundgegeben, hatte nach derselben so gut wie gar keine deutsche Partei und galt in Kopenhagen für besonders gesinnungstüchtig, weshalb man es auch von da mit mancherlei Wohlthaten, einer Brücke über den Alfsensund, Beiträgen zu öffentlichen Bauten u. d. m. bedachte. Christiansfeld kommt als Herrnhutercolonie bei politischen Fragen nicht in Betracht. Dagegen müssen wir die Phasen, welche Flensburg, die größte Stadt des Herzogthums, durchgemacht hat, ausführlich besprechen.

Flensburg war vor vierzig Jahren einer der bedeutendsten Handelsplätze des Nordens mit weitverzweigten Verbindungen und einer sehr respectablen Rhederei. Es gab damals hier Rheder, die ein halbes Duzend und mehr von den größten Kauffahrern im überseeischen Handel beschäftigten, und die flensburger Schiffswerften waren die größten an der Ostsee. In Betreff des Handels fand namentlich ein äußerst lebhafter und für die Stadt gewinnreicher Verkehr mit Norwegen und Westindien statt. Das Zerwürfniß Dänemarks mit England im ersten Decennium dieses Jahrhunderts brachte die weitere Entwicklung dieses Handels ins Stocken. Die Lostrennung Norwegens von der dänischen Krone schadete wesentlich. Der Unternehmungsgeist der Kaufleute begann sich jetzt in der Hauptsache auf die baltischen Länder zu beschränken. Der Schiffsbau zog sich mehr und mehr nach dem benachbarten Apenrade hin, dessen Einwohner früher die alten cassirten Fahrzeuge der Flensburger zu kaufen pflegten, während jetzt das Umgekehrte geschah. Im Jahre 1806 besaß die Stadt 270 Schiffe, 1844 nur noch 124.

Als die Frage: ob schleswig-holsteinisch oder dänisch? die Gemüther in Bewegung zu setzen begann, war Flensburg eine in unserm Sinne vorwiegend patriotische Stadt, und wenigstens die wohlhabende und gebildete Classe hatte mit sehr wenigen Ausnahmen keine dänischen Sympathien. Ein Theil der Kaufleute allerdings gehörte der oben gezeichneten Partei der „specifischen Schleswiger“ an. Sie trieben vorzüglich Handel mit Jütland und den dänischen Inseln, wohin sie theils die direct aus Westindien bezogenen Waaren versandten, theils solche aus den Herzogthümern und dem nördlichen Deutschland in Concurrrenz mit andern Städten vermittelten, und unterlagen dem Irrthum, daß durch den Anschluß Schlesiens an den deutschen Bund jene Verbindungen gefährdet werden müßten. Aber auch diese Partei, die von dem Agenten Jensen geführt und in der Ständerversammlung vertreten wurde, wollte keine Einverleibung in Dänemark.

Dieses Verhältniß änderte sich mit der Gründung der dänischen Filialbank in Flensburg. Die „Flensburger Zeitung“, dem Jüten Kastrup gehörig und bis 1839 ein Organ der schleswig-holsteinischen Partei, hatte sich später der dänischen zugewendet und nun jenes Institut den Kaufleuten lebhaft empfohlen. Letztere sowie ein Theil der Gewerbetreibenden ließen sich verblenden und miß-

achteten die von anderer Seite kommenden Warnungen. Die Bank zog 1844 ein, eine neben ihr errichtete schleswig-holsteinische Landesbank wurde durch allerlei Chicanen zu Grunde gerichtet, und durch Liberalität in ihren Bedingungen gelang es den Directoren des dänischen Instituts, den größeren Theil der Kaufmannschaft und dadurch die von derselben abhängigen unteren Classen in ihr Interesse zu ziehen. Die Mehrzahl des Handelsstandes arbeitete jetzt über ihre Geldkräfte und gerieth so völlig in die Gewalt der Bank. Und nunmehr begann auch in Flensburg die dänische Agitation. Man legte den in die Hände der Bank Gefallenen Petitionen und Adressen vor, welche auf Danisirung Schleswigs hinauskiefen, und verweigerten sie ihre Unterschrift, so drohte man mit Kündigung des gegebenen Credits. Den Ruin vor den Augen unterschrieben sie, und dem ersten Schritte in dieser Gesellschaft folgten dann mehre. Die große Majorität der schleswig-holsteinisch Gesinnten in Flensburg schmolz zu einer sehr mäßigen Minorität herab.

Später gelang es einer Anzahl Wohlgesinnter, sich aus den Banden, mit denen man sie umstrickt hatte, zu lösen, und die deutsche Partei fing wieder zu wachsen an. In den Kriegsjahren von 1848 bis 1850 galten für entschieden dänisch gesinnt von den wohlhabenderen Bewohnern der Stadt bloß die 30 Mitglieder von A. Christiansens Bürgerverein. Entschieden schleswig-holsteinisch dagegen war das Casino, welches reichlich achtmal so viele Mitglieder zählte. Der Pöbel, größtentheils aus Nationaldänen bestehend, hielt sich zur Partei Christiansens.

Die Jahre nach der Erhebung änderten diesen Sachverhalt insofern, als jetzt eine bedeutende Anzahl dänischer Beamten hierher versetzt wurde, und als diese Manche, der nicht auf festen Füßen stand, theils durch dargebotene Vortheile, theils durch Drohungen der deutschen Sache abwendig machten. Auch verstärkte sich die dänische Partei durch Einwanderung von Geschäftsleuten und Handwerkern aus Dänemark nicht unbeträchtlich. Endlich wurde der eine und der andere Bürger durch die Bevorzugung gewonnen, welche die Regierung der Stadt in verschiedenen Richtungen erwies. Immer aber gab es noch in den letzten Jahren eine starke und festgeschlossene deutsche Partei, welche der dänischen gewachsen gewesen wäre, wenn diese nicht die Behörde für sich gehabt hätte, die jede Kundgebung deutscher Sympathien mindestens als „Unzlichkeit“, wo nicht als Verbrechen sofort mit Brüchen, Gefängniß, Concessionsentziehung, Auflösung von Gesellschaften u. s. w. strafte.

Die Deutschen hielten sich streng gesondert von den Dänen, wie im Süden des Herzogthums und in Holstein, ja die Gesinnung grenzte sich in gewissem Grade sogar nach Quartieren ab, indem die größere Südhälfte der Stadt deutsch, der Norden dagegen dänisch war — ein Verhältniß, welches auch jetzt noch fortduert. Für die gegenwärtige Gesinnung der Stadt sind die am

2. und 3. Juni vollzogenen Neuwahlen zum Deputirtencollegium (Stadtverordneten) bezeichnend. Von den Gewählten gehören 13 der deutschen, 9 der dänischen, 2 keiner Partei an. Daß die landesfeindliche Fraction so viele ihrer Candidaten durchsetzte, und daß selbst Deutschgeborene mit ihr stimmen konnten, wird nicht wundern, wenn man bedenkt, daß Flensburg vorwiegend Handelsstadt ist, und daß in Handelsstädten in der Regel politische Meinungen häufiger als anderwärts vor dem Geldinteresse die Segel streichen. Man hat mit Dänemark gute Geschäfte gemacht, und man fürchtet, daß eine Lostrennung von diesem den Einnahmen der Comptoirkasse gefährlich werden wird. Dazu kommt der von diesen vornehmeren Politikern abhängige, auf deren Worte schwörende niedere Theil der Bevölkerung und ferner die nicht unbedeutende Zahl der geborenen Dänen. Endlich aber tritt dazu die Furcht der Schwankenden, daß die Dänen nicht für immer die Herzogthümer, mindestens nicht für immer den Norden geräumt haben möchten, und daß insolge dessen die von König Christian angedrohte Rache eintreten könnte.

Ähnlich steht es in den übrigen Städten Mittel- und Nordschleswigs in diesem Augenblick, Tondern, welches sich eifrig deutsch geäußert hat, und Sonderburg ausgenommen, welches ebenso eifrig für Dänemark ist. Auch in Apenrade sind viele Dänischgesinnte und vielleicht noch mehr Furchtsame, und in Hadersleben, wo jetzt eine recht gutgeschriebene dänische Zeitung, die von Dr. Jansen redigirte „Nordschleswigske Tidende“ für das schleswig-holsteinische Recht Anhänger wirbt, und wo sich in diesen Tagen eine Volksversammlung für das Ausscheiden auch Nordschleswigs aus dem Verbande mit Dänemark ausgesprochen hat, giebt es ebenfalls eine nicht kleine Minorität, welche den Wunsch hegt, daß es beim Bisherigen bleibe. Und was sich auf dem Lande überhaupt rührt, ist gleichermåßen der Mehrzahl nach dänisch gesinnt. Wer anders denkt, lebt meist in der Befürchtung, daß Schleswig, wenigstens der Norden, wiederum von Deutschland im Stich gelassen werden wird, und schweigt deshalb. Doch fanden sich Beispiele von mehr Energie und Entschlossenheit. Im Amte Tondern wurde die für die Conferenz bestimmte Rechtsverwahrung der Schleswiger mit 7000 Unterschriften bedeckt. In Nordhackstedt in der Wiesharde betheiligte man sich stark sowohl an der großen Schleswiger-Deputation wie an der freiwilligen Anleihe. In Lygumtloster verlangte man mit bedeutender Stimmenmehrheit deutschen Schulunterricht. Im Allgemeinen aber gilt von dem Landvolk, was oben bemerkt wurde: Die große Menge ist gleichgiltig, die Mehrheit der zu dem schleswig-holsteinischen Programm Sinnigenden scheut sich, ihre Meinung zu gestehen und geltend zu machen, die Lautesten, Kühnsten und Nüchrigsten halten es mit Dänemark.

Und jetzt können wir, das Gesagte zusammenfassend, den Versuch machen die Frage zu beantworten, ob die Nordschleswiger Dänen sein wollen oder mit

andern Worten, wie dieselben bei einer unter allseitiger Betheiligung stattfindenden vollkommen freien Abstimmung über die Alternative, ob man einem selbständigen Staate Schleswig-Holstein unter einem eignen Fürsten angehören oder in eine nähere Verbindung mit Dänemark treten wolle, sich wahrscheinlich entscheiden würden.

In Südschleswig, also bis zur Linie Flensburg-Tondern, würden sich, darüber kann keinerlei Zweifel herrschen, alle Kirchspiele und Städte mit Ausnahme etwa eines starken Drittels der Flensburger und einiger Dörfer der Wiesharde\*) entweder einstimmig oder fast einstimmig unbedingt für einen solchen schleswig-holsteinischen Staat erklären.

In Nordschleswig würde das Ergebnis, wenn alle Bewohner des Herzogthums zu gleicher Zeit stimmen sollten, sehr wahrscheinlich ein anderes sein. In Hadersleben und vielleicht auch in Apenrade würde sich eine Majorität für Schleswig-Holstein zusammenbringen lassen. Auch auf dem Lande würden sich, besonders wenn der Eintritt in den deutschen Bund nicht betont würde, eine kleine Anzahl von Stimmen in dieser Richtung äußern, und zwar würde dies im Südosten, mit Ausnahme von Afsen und Sundewitt mehr, im Nordwesten und Norden weniger der Fall sein. Die große Majorität im Allgemeinen würde sich vermutlich für Dänemark erklären.

Im Jahre 1846 wurde von dem Vertreter des siebenten ländlichen Wahlbezirks (im Westen Nordschleswigs) ein Antrag gestellt, welcher die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund bezweckte, und von den siebenzehn Abgeordneten der ländlichen Wahlbezirke Schleswigs stimmten nur drei, nämlich die Vertreter des 2., 3. und 5. (äußerster Nordosten, Mitte der Osthälfte Nordschleswigs und Sundewitt) gegen diese Proposition.

Im Jahre 1847 wählten nach angestrenzter Thätigkeit der dänischen Propaganda die Wahlbezirke 1 (äußerster Nordwesten), 2, 3, 5 und 6 (Afsen) im dänischen Sinne — das ungünstigste Wahlergebnis, welches unter dem alten Wahlgesetz von 1834 zu Stande kam. Dieses Gesetz unterschied sich für die in den ländlichen Bezirken in Betracht kommenden Verhältnisse vorzüglich durch einen etwas höheren Census von dem später (1854) eingeführten und bis auf die Gegenwart in Geltung verbliebenen Wahlgesetz. Unter der Einwirkung des letzteren, welches nach dieser Bemerkung demokratischer war und den Willen der weniger Wohlhabenden mehr als das frühere zur politischen Arbeit zuließ, und unter den damaligen Umständen, wo die Deutschen und deutsch (richtiger schleswig-holsteinisch) gesinnten Elemente allenthalben mehr oder minder entmuthigt und relativ unfähig zum Widerstande waren, wählte zuerst der 4. Wahlbezirk (westlich und nordwestlich vom Sundewitt) nach Wunsch der Dänen.

\*) Dieselbe besteht aus dem Kirchspielen Sandewitt, Wanderup, Großen-Wiehe, Nordhæfsted, Wallsbüll und Bau, hat circa 6800 Einwohner und gehört zum Amt Flensburg.

Dann, bei der Wahl von 1860, folgte der 7. nach, und der 8. (der Strich südöstlich von Tondern), der bis dahin entschieden deutsch gewählt, entschied sich für einen Deputirten, der keinen bestimmten Parteistandpunkt einnahm. Nordschleswig und selbst ein Theil des Herzogthums, welchen wir im ersten Capitel zur Südhälfte rechneten, war somit in dieser Beziehung für die deutsche Partei verloren. Doch darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letztgenannten beiden Wahlen wegen einiger bei denselben vorgekommenen Ungefügigkeiten von der im Jahr 1863 zusammengetretenen schleswigischen Ständerversammlung angefochten wurden und mit Anlaß gaben, daß die Majorität ihr Mandat niederlegte und die Versammlung beschlußunfähig wurde.

Aus Vorstehendem ergeben sich nun folgende Resultate:

1) Das Herzogthum Schleswig ist in seinem südlichen Theil von einer reindeutschen und gegen die Nordgrenze dieses Theils (die tondern-flensburger Landstraße) hin auf der Landesmitte von einer gemischten Bevölkerung, in seinem nördlichen Theil von Südjüten, unter denen sich einige Tausend Deutsche angesiedelt haben, bewohnt.

2) Das ganze Herzogthum zählt in 274 Kirchspielen 409,907 Einwohner, und davon kommen auf Südschleswig in 154 Kirchspielen 258,059, auf Nordschleswig in 120 Kirchspielen 151,848 Einwohner, d. h. in Verhältniszahlen ausgedrückt, auf jenes 63, auf dieses 37 Procent.

3) Bei einer Abstimmung nach der angegebenen Fragstellung (bei der von einer Theilung des Landes noch nicht die Rede wäre) und unter der Voraussetzung möglichst allgemeiner Betheiligung würden sich wahrscheinlich mehr als 70, vielleicht 75 Procent der Bevölkerung des Herzogthums im schleswig-holsteinischen und wahrscheinlich 25 bis 30 Procent im dänischen Sinne entscheiden. Wie die Verhältnisse sich stellen würden, wenn die Frage der Theilung an die Nordschleswiger heranträte, besprechen wir kurz im nächstfolgenden Capitel.

## Die Betheiligung des Bürgers am Kriege.

Die jetzt vom Kriegsschauplatz eingehenden Nachrichten enthalten nur Klagen über die Widerhaarigkeit der Jüten und der dortigen dänischen Beamten gegen alle, auch die gerechtesten Forderungen der Truppen. Klagen, welche,